

Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung 2023/2024

An: Senat und Studierendenrat der Universität Freiburg

27.11.2024

Von: Solveig Roscher

Betreff: Tätigkeitsbericht der vom Senat bestellten Beauftragten für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung für den Zeitraum 01.10.2023 bis 30.09.2024

Einleitung

Gemäß § 30 der Grundordnung der Universität Freiburg in Verbindung mit § 2 Abs. 3 LHG wird der oder die Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung auf Vorschlag des Rektorats vom Senat für jeweils drei Jahre bestellt. Seit November 2021 hat Solveig Roscher das Amt inne. Am 25.09.2024 wurde sie für weitere drei Jahre als Beauftragte bestellt, ihre zweite Amtsperiode beginnt am 15.11.2024. Der vorliegende Tätigkeitsbericht wird gemäß § 30 Abs. 4 Satz 3 der Grundordnung für den Senat und den Studierendenrat der Universität Freiburg erstellt.

Die Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ist der Prorektorin für Universitätskultur unterstellt und räumlich im Service Center Studium untergebracht. Im Januar 2024 wurde ihr zuvor bereits temporär erhöhte Beschäftigungsumfang dauerhaft um 25% auf 75 % aufgestockt. Zudem stehen der Beauftragten seit Januar 2024 dauerhaft Mittel für eine studentische Aushilfe zur Verfügung.

1. Beratung der Studierenden

1.1. Entwicklung der Fallzahlen

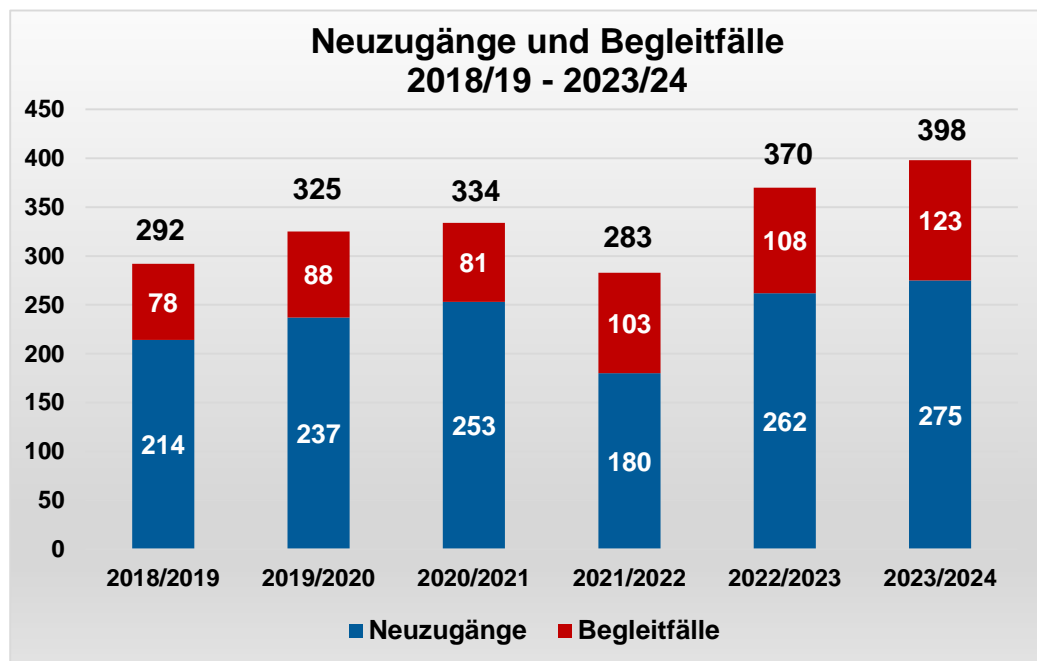


Abbildung 1

Die absoluten Fallzahlen in der Beratung haben im akademischen Jahr 2023/24 einen Höchststand von 398 Fällen erreicht. Der Maximalwert bezieht sich sowohl auf die Anzahl der Neuzugänge

(275 Fälle) als auch die Anzahl der Begleitfälle (123 Fälle), das heißt von Studierenden, die bereits in der Erstberatung waren und weiterhin bzw. erneut Beratungsbedarf haben. Das Aufkommen in den Jahren 2019/20 und 2020/21, welches im Vergleich zum Vorjahr (2018/19: 292 Fälle) besonders hoch war, lässt sich mit den Folgen der Pandemie und dem Wegfall von Präsenzveranstaltungen begründen. Im Jahr 2021/2022 sind die Fallzahlen wieder auf das Niveau vor der Pandemie gesunken, da weniger Neuzugänge verzeichnet wurden. Zu erkennen ist, dass seit 2021/2022 die Anzahl der Neuzugänge als auch der Begleitfälle stetig zunehmen. Hierfür sind folgende Gründe auszumachen: Zum einen gelangen aufgrund der inklusiven Lehrpläne der Regelschulen mehr Studierende mit Behinderung an die Universitäten. In diesem Zusammenhang wächst entsprechend das Selbstverständnis der Studierenden, Hilfsangebote von ihrer Bildungsinstitution zu erhalten. Die 22. Sozialerhebung, durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschulforschung, zeigt zudem auf, dass die Zahl der Studierenden mit einer oder mehreren gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Jahr 2021 im Vergleich zum Jahr 2016 von 11% auf 16% gestiegen ist.¹

1.2 Fallbezogene Beratung

Der Hilfebedarf der Studierenden und der damit zusammenhängende Arbeitsaufwand variieren je nach Fall stark. In den meisten Beratungen werden Informationen bspw. zu administrativen Prozessen weitergegeben oder der Kontakt zu spezifischen Hilfestellen (z. B. psychosoziale Beratungsstelle des Studierendenwerks Freiburg, soziale Dienste...) hergestellt. In anderen Fällen benötigen einzelne Studierende mit umfangreicher Beeinträchtigung besonders arbeitsintensive und langwierige Begleitung. Hierbei handelt es sich meist um Studierende mit Autismus oder schwerer psychischer Erkrankung, die auf Unterstützung beim Aufbau eines umfassenden Hilfenetzes, wie Alltagsassistenz oder Therapie, angewiesen sind. Eine Kennzahl für die Häufigkeit dieser Fälle ist u. a. der Antrag auf Studienassistenz. Im akademischen Jahr 2023/24 wurden 15 Studierende bei der Beantragung und Organisation von Studienassistenz unterstützt (2022/23: 14 Fälle). In diesen Fällen ist die zusätzliche, niedrigschwellige Unterstützung durch eine studentische Aushilfe als weitere Ansprechperson und Notfall-Assistenz besonders hilfreich.

Weitere zentrale Themen in der Beratung sind Nachteilsausgleiche für Prüfungsleistungen und die Gewährleistung von Barrierefreiheit. Auch in diesen Fällen ist immer wieder arbeitsintensive Unterstützung notwendig: Bspw. muss bei Umwandlungen von Prüfungsleistungen geklärt werden, welche Aspekte einer Prüfung nicht zu deren inhaltlicher Leistung gezählt werden und somit veränderbar sind. Ebenfalls größeren Aufwand bringt die Organisation von Raumänderungen wegen fehlender Barrierefreiheit mit sich, insbesondere wenn der Bedarf kurzfristig eintritt.

Darüber hinaus ergeben sich immer wieder komplexe, meist rechtliche, Fragestellungen, insbesondere bei der Prüfung von Leistungsansprüchen von internationalen Studierenden oder Studierenden mit Erwerbsminderung.

¹ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2023): Die Studierendenbefragung in Deutschland. 22. Sozialerhebung. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2021. S.42ff
Verfügbar unter: https://www.dzhw.eu/pdf/ab_20/Soz22_Hauptbericht.pdf ; zuletzt aufgerufen am 03.11.2023

1.3 Arten der studienerschwerenden Beeinträchtigungen nach Beratungsneuzugängen

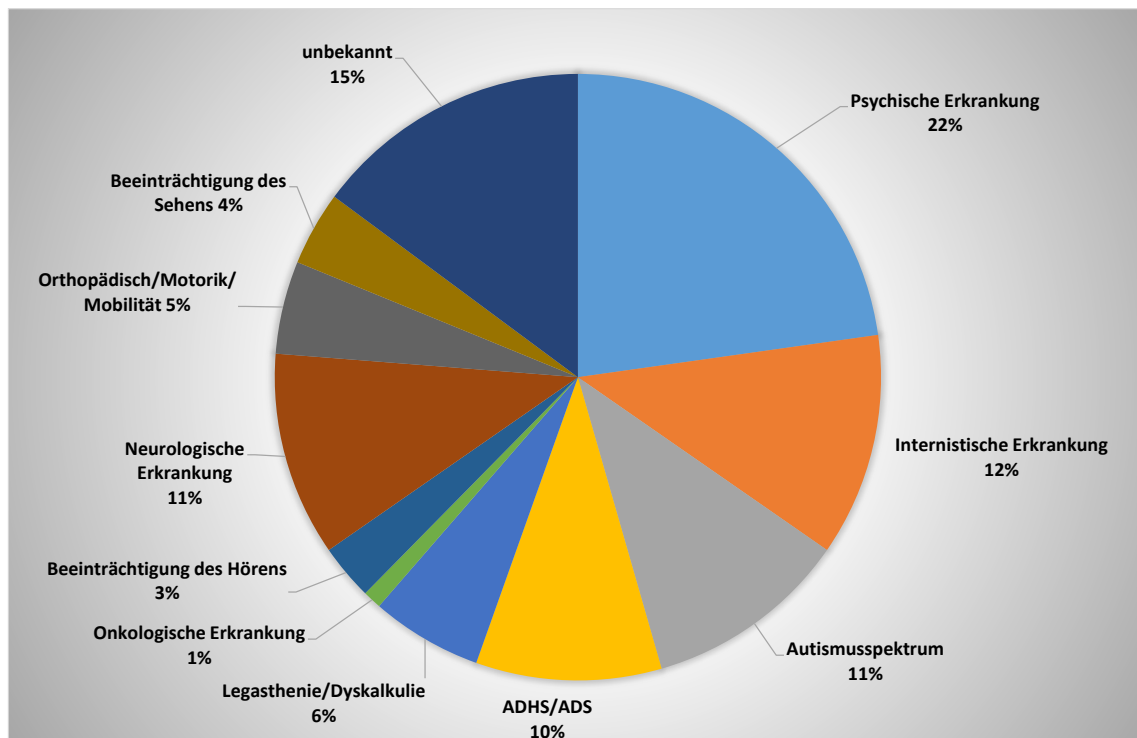


Abbildung 2

Wie in den vergangenen Jahren machten Studierende mit psychischen Erkrankungen im Berichtsjahr 2023/24 mit einem Anteil von 22% die größte Gruppe an Ratsuchenden aus (2022/23: 25%). Die 22. Sozialerhebung aus dem (pandemiegeprägten) Jahr 2021 zeigt auf, dass Studierende mit psychischen Erkrankungen auch auf nationaler Ebene die weitaus größte Gruppe unter den Beeinträchtigten bilden (65%).² In 15% der Fälle ist die Erkrankung unbekannt.

12% (2022/23: 11%) der Neuzugänge haben internistische Erkrankungen wie Diabetes, chronische Darmentzündungen oder Rheuma. Bei chronischen Darmentzündungen und vielen neurologischen Erkrankungen (11%; 2022/23: 10%), wie Multiple Sklerose, Epilepsie oder Migräne, treten die Symptome schubweise auf. Deshalb muss hier meist kurzfristig Unterstützung, wie bspw. Beratung zum Umgang mit Abwesenheit, erfolgen und eine generelle Stressreduktion, wie z.B. ein individualisierter, langsamerer Studienverlauf, ermöglicht werden. Die neu auftretende Diagnose Long bzw. Post Covid ist hier unter den neurologischen Erkrankungen gefasst, da viele der Symptome neurologischer Art sind.

11% der Ratsuchenden in der Erstberatung haben eine Autismus-Spektrum-Störung (2022/23: 14%). Sie erhalten häufig Unterstützung in Form von Studienassistenten und benötigen oft Beratung zum Umgang mit sozialen Situationen im Studienalltag.

Studierende mit ADHS/ADS (2022/23: 5%; 2023/24: 10%) beantragen meist einen Nachteilsausgleich in Form eines separaten Raums oder die Nutzung von Kopfhörern in Klausuren. In vielen dieser Fälle empfinden es betroffene Studierende als benachteiligend, dass nach aktueller Rechtsprechung keine Zeitverlängerung für Klausuren gewährt wird, da Konzentration meist zum Leistungsbild von Prüfungen gezählt wird und somit nicht ausgleichsfähig ist. Auch bei Symptomen von Legasthenie/Dyskalkulie (2022/23: 4%; 2023/24: 6%) muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob

² Ebd. S. 6

die Leistungsanforderungen durch Nachteilsausgleiche wie die Nicht-Wertung der Rechtschreibung oder einer Klausurzeitverlängerung unberührt bleiben.

Bei Einschränkungen der Mobilität und Motorik (2022/23: 10%; 2023/24: 5%) sowie bei Beeinträchtigungen des Sehens (2022/23: 2%; 2023/24: 4%) und Hörens (2022/23: 2%; 2023/24: 3%) werden in der Beratung Möglichkeiten zur baulichen und technischen Barrierefreiheit, wie bspw. Raumwechsel oder die Nutzung und Beantragung von technischen Hilfsmitteln, besprochen.

1.4 Neuzugänge in der Beratung nach Fakultäten und Bereichen

Tabelle 1

| Anfragen von Neuzugängen Studienjahr 2023/24 | | | | | |
|--|------------|--|----------------|--|---|
| Bereiche | absolut | | Prozent | | Anteil an der Gesamtzahl Studierender n. Fakultät (Stand WS 2023/24) in % |
| Studieninteressierte | 49 | | 17,8% | | |
| Studierende nach Fakultäten | 122 | | 44,4% | | 0,5% |
| Philosophische Fakultät | 50 | | 18,2% | | 1,6% |
| Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät | 10 | | 3,6% | | 0,3% |
| Fakultät für Umwelt und natürliche Ressourcen | 11 | | 4,0% | | 0,5% |
| Rechtswissenschaftliche Fakultät | 8 | | 2,9% | | 0,3% |
| Technische Fakultät | 11 | | 4,0% | | 0,4% |
| Fakultät für Biologie | 6 | | 2,2% | | 0,5% |
| Fakultät für Mathematik und Physik | 4 | | 1,5% | | 0,4% |
| Medizinische Fakultät | 10 | | 3,6% | | 0,2% |
| Theologische Fakultät | 1 | | 0,4% | | 0,4% |
| Fakultät für Chemie und Pharmazie | 10 | | 3,6% | | 0,7% |
| Philologische Fakultät | 1 | | 0,4% | | 0,1% |
| Sonstige | 78 | | 28,4% | | |
| Erasmus-Studierende | 6 | | 2,2% | | Gesamtzahl nicht bekannt |
| Promotion | 3 | | 1,1% | | 0,5% |
| Uni-Mitarbeitende (Lehre, Verwaltung, Hausdienst usw.) | 51 | | 18,5% | | |
| Externe Stellen (Rückfragen von Ärzt*innen, Sozialdiensten, Behörden...) | 18 | | 6,5% | | |
| Ohne Angaben | 26 | | 9,5% | | |
| Gesamt | 275 | | 100,00% | | |

Neuzugänge im akad. Jahr 2023/24 anteilig an der Gesamtzahl Studierender nach Fakultäten (Stand WS 2023/2024) in Prozent

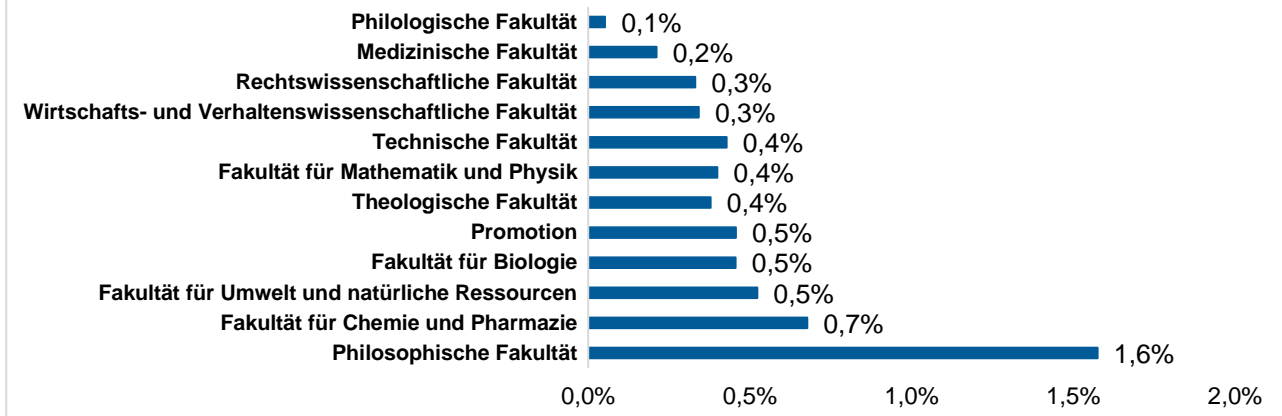


Abbildung 3

Circa 18% der Ratsuchenden waren Studieninteressierte und potentielle Bewerber*innen (vgl. Tabelle 1). Zentrales Thema sind in diesen Fällen zum einen Möglichkeiten, Zulassungschancen aufgrund einer Behinderung zu verbessern. Zum anderen eruieren Interessierte häufig vorab, ob ein barrierefreies Studium an der Universität Freiburg möglich ist, da dies für sie ein relevantes Auswahlkriterium darstellt.

Etwa 44% der Ratsuchenden waren Studierende aus allen Fakultäten der Universität. Der Blick auf die absoluten Fallzahlen zeigt, dass die meisten ratsuchenden Studierenden der Philosophischen Fakultät (18,2%) angehören. Die Fallzahlen aus den anderen Fakultäten sind deutlich geringer, sie bewegen sich zwischen 0,4% und 4,0%. Auch in Relation zur Gesamtzahl der Studierenden der einzelnen Fakultäten bzw. universitären Einrichtungen (Stand WS 2023/24, vgl. Abbildung 3) war der Beratungsbedarf in der Erstberatung in der Philosophischen Fakultät relativ am höchsten, da hier 1,7% ihrer Studierenden Beratung nachfragten. Aus der Fakultät für Chemie und Pharmazie kamen 0,7% ihrer Studierenden zu einer Beratung. Die Anteile der weiteren Fakultäten und Bereiche in Relation zu ihrer Gesamtgröße rangierten zwischen 0,5% und 0,1%. Diese Ergebnisse müssen in keinem kausalen Zusammenhang mit der tatsächlichen Anzahl an erkrankten Studierenden stehen. Mögliche Gründe für die unterschiedlichen Anteile in den Fakultäten können beispielsweise die Sensibilisierung der Fakultätsangehörigen sowie die Kenntnis des Beratungsangebots durch die Bewerbung und Weiterleitung der Ansprechstellen vor Ort sein.

Circa 28% der Ratsuchenden gehören zur Gruppe „Sonstige“. Diese setzt sich u.a. aus Erasmus-Studierenden, Promovierenden, Mitarbeitenden und externen Stellen (z. B. Rückfragen von medizinischen Einrichtungen, Behörden oder Sozialdiensten) zusammen. Auffällig ist hier die deutliche Zunahme an internen Anfragen, bspw. von Dozierenden oder Prüfungsämtern, die in den letzten drei Jahren von 3,9% (2021/22) über 14,9% im Jahr 2022/23 auf 18,5% im Jahr 2023/24 gestiegen sind. Dieser Anstieg hängt mit der zunehmenden Vernetzung der Beauftragten mit den Fakultäten zusammen; insbesondere der Kontakt mit einzelnen Prüfungsämtern sowie Studiengangskoordinationen und die frühzeitige Miteinbeziehung in Entscheidungen über Anträge der Studierenden haben sich intensiviert. Ein solcher Austausch ist weiterhin wünschenswert, da durch diese direkten Kommunikationswege mögliche Konflikte über Entscheidungen der Prüfungsausschüsse präventiv umgangen und Bearbeitungsprozesse entsprechend schneller ablaufen können. Darüber hinaus ist von Seiten einzelner Dozierenden, die sich in der Beratung meldeten, eine Sensibilisierung bzgl. des

Themas Inklusion wahrzunehmen. Hier ging es meist um Nachfragen zum angemessenen Umgang mit einzelnen Studierenden und zur Gestaltung inklusiver Lehre.

1.5. Neuzugänge 2022/2023 nach Geschlechtszugehörigkeit

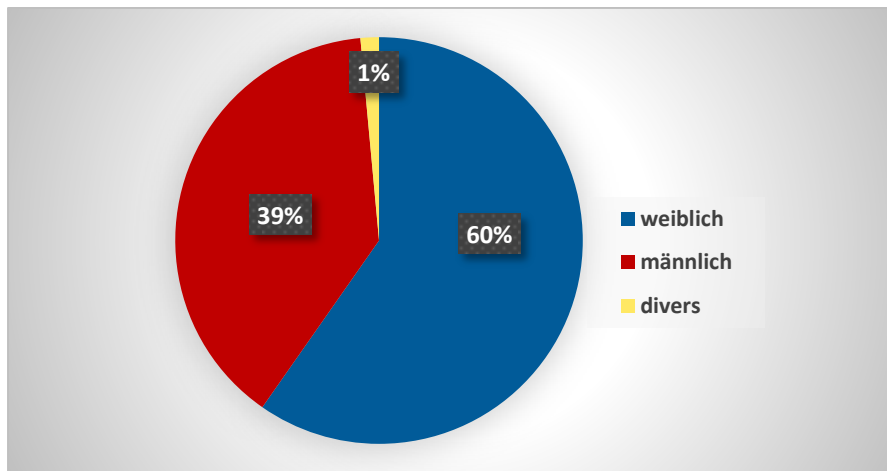


Abbildung 4

Wie in den Vorjahren nehmen deutlich mehr weibliche als männliche Ratsuchende das Beratungsangebot wahr (2022/23: 63% weiblich; 2023/24: 60% weiblich). Diese Ungleichverteilung spiegelt den Forschungsstand zur geschlechterspezifischen Inanspruchnahme von psychosozialen Beratungsangeboten und therapeutischen Praxen wider, der davon ausgeht, dass Männer seltener an Angeboten zur Gesundheitsförderung teilnehmen als Frauen. Bspw. zeigt die nationale Studierendenbefragung aus dem Jahr 2021 auf, dass Studentinnen insbesondere zu persönlichen Themen häufiger Beratung wahrnehmen als Studenten.³

2. Auffälligkeiten

2.1. Anträge auf einen Nachteilsausgleich

In fast allen Fallberatungen werden Anträge auf einen Nachteilsausgleich in Prüfungsleistungen als mögliche Unterstützungsform thematisiert. Ihre Ermöglichung ist für viele Studierende mit Behinderung oder chronischer Krankheit von zentraler Relevanz für ein barrierefreies Studium. Die Erhebung der tatsächlich eingegangenen Anträge auf nachteilsausgleichende Maßnahmen im Jahr 2023 bei den Prüfungsämtern ergab, dass 71 entsprechende Anträge gestellt wurden (Rückmeldung von 19 prüfungsverwaltenden Bereichen). Diese Anzahl ist in Relation zu den aktuellen Fallzahlen und der stetigen Präsenz des Themas in der Beratung als unverhältnismäßig gering zu bewerten. Zwar ist die Zahl der Anträge im Vergleich zu 2022 (61 Anträge) um 10 Anträge gestiegen, allerdings lässt sich diese Zunahme mit dem Anstieg der Beratungsfälle insgesamt erklären. Unklar ist weiterhin, aus welchen Gründen so viel weniger Anträge eingereicht werden als im Vorhinein besprochen. Aufgrund der häufigen Nachfragen der betroffenen Studierenden zur Schweigepflicht und dem angemessenen Umgang mit der eigenen Beeinträchtigung kann vermutet werden, dass Studierende Vorbehalte haben, ihre Beeinträchtigung mitzuteilen und entsprechende Unterstützung einzufordern. Ein weiterer Grund könnten formelle Hürden oder der Aufwand, ein aktuelles, fachärztliches Attest zu erhalten, darstellen. Um diesen möglichen Beweggründen entgegenzuwirken, ist es umso

³ Ebd. S. 135f

wichtiger, eine Kultur der Sensibilisierung zu schaffen, in der die Zielgruppe an verschiedenen Anlaufstellen der Universität auf entsprechende Angebote hingewiesen und ermutigt wird, Unterstützung einzufordern. Außerdem wird die Beauftragte in den nächsten Monaten eine Handreichung zum Antragsverfahren für die Prüfungsämter entwerfen, welche Leitlinien, insbesondere zum Datenschutz und zur Antragsgewährung, enthalten wird. Ziel des Leitfadens ist außerdem eine Vereinheitlichung der Vorgehensweise und Entscheidungen.

2.2 Studierende mit psychischen Erkrankungen und Studierende in psychischen Krisen

Seelische Gesundheit und der Umgang mit psychischen Krisen sind in der Beratung stets präsente Themen. Wie in den Vorjahren bilden Studierende mit psychischer Erkrankung wie oben aufgezeigt die größte Gruppe Ratsuchender mit studienerschwerender Beeinträchtigung.

Die Erfahrungen in der Fallberatung entsprechen den Ergebnissen der 22. Sozialstudie, dass sich psychische Erkrankungen im Vergleich zu anderen Beeinträchtigungen überdurchschnittlich häufig besonders stark im Studium auswirken (66 % vers. ø 59 %)⁴. Zusätzlich sind auch Studierende mit anderen Erkrankungsformen vulnerabler für seelische Krisen und müssen besonders auf ihre psychische Gesundheit achten. In der Beratung gestaltet es sich immer wieder herausfordernd, den angemessenen Umgang mit Personen in akuten psychischen Krisen zu finden, insbesondere wenn es sich um eine mögliche Selbst- und Fremdgefährdung handelt. Zudem lassen vermehrte Meldungen von ratsuchenden Lehrkräften, die sich mit entsprechenden Fragen an die Beauftragte wenden, vermuten, dass damit einhergehende Überforderungssituationen auch in der Lehre präsent sind. Sie weisen auf die Notwendigkeit entsprechender Handlungsleitfäden in den universitären Strukturen sowie Fortbildungsangebote für Lehrende/Mitarbeitende in Schnittstellenfunktionen hin. Aufgrund der Vielzahl an entsprechendem Hilfebedarf hat die Zentrale Studienberatung einen Flyer mit Verweisen auf Hilfestellen in Krisensituationen entworfen, auf den die Studierenden an möglichst vielen Orten der Universität aufmerksam gemacht werden sollen.

2.3 Lange Wartezeiten auf soziale Leistungen und therapeutische Hilfe

Um möglichst barrierefrei studieren zu können, benötigen insbesondere Studierende mit starker Beeinträchtigung ein umfassendes Unterstützungsnetz, wie bspw. Hilfe in Form von Studien- und Alltagsassistenz oder psychotherapeutische Begleitung. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass das Angebot psychotherapeutischer Unterstützung im Kreis Freiburg häufig lange Wartezeiten mit sich bringt. In akuten psychischen Notlagen können sich Studierende an die psychotherapeutische Beratungsstelle des Studierendenwerks Freiburg wenden, das notwendige weiterführende Angebot therapeutischer Hilfe kann bis zu mehreren Monaten dauern. Insbesondere für Studierende mit Autismus gestaltet sich der Anschluss an weiterführende Hilfe als schwierig, da das Freiburger Beratungszentrum für Menschen mit Autismus im Sommer 2024 schließen musste und nun keine regionale Fachstelle vorhanden ist.

Auch die Bearbeitung von Anträgen auf soziale Leistungen durch die kommunalen Ämter bedeuten oftmals Wartezeiten von mehreren Monaten, in mehreren Fällen kam das Sozialamt der rechtlich vorgegebenen Bearbeitungszeit nicht nach. Hier empfahl die Beauftragte Rechtsberatung einzuholen. Auch bei der Antragsstellung eines Behindertenausweises ist mit langen Wartezeiten zu rechnen. Dies ist insbesondere für internationale Studierende oder Studierende im Zweitstudium, die

⁴ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2023): Die Studierendenbefragung in Deutschland. 22. Sozialerhebung. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2021. S. 45
Verfügbar unter: https://www.dzhw.eu/pdf/ab_20/Soz22_Hauptbericht.pdf ; zuletzt aufgerufen am 03.11.2023

Studiengebühren zahlen müssen, benachteiligend, weil diese im Falle einer attestierten Schwerbehinderung erlassen werden können. Aufgrund der langen Verwaltungsprozesse liegt der Fokus der Beratung in diesen Fällen vermehrt darauf, niedrigschwellige, kurzfristige Unterstützung ausfindig zu machen, um fehlende Hilfeleistungen zu überbrücken. In einzelnen Fällen mussten Betroffene aufgrund fehlender Studienassistenz ihre Veranstaltungen reduzieren oder verschieben ihren Studienbeginn, bis eine notwendige Unterstützung gewährleistet werden konnte. Dieser Umstand stellt somit eine deutliche Benachteiligung für die Zielgruppe dar.

3. Weitere Tätigkeiten

3.1 Beratung von Fakultäten und sonstigen universitären Einrichtungen

Wie bereits erwähnt nimmt die Intensität des Kontakts zwischen der Beauftragten und universitätsinternen Stellen wie den Prüfungsämtern, Studienfachberatungen und einzelnen Dozierenden in den letzten Jahren stetig zu. Die Beauftragte fungierte dabei als Ansprechperson, bspw. zur Gewährleistung barrierefreier Prüfungen, bei Fragen zu rechtlichen Rahmenbedingungen von Nachteilsausgleichen oder bei Konfliktfällen.

3.2 Anliegen zur Barrierefreiheit

Aufgrund der fehlenden räumlichen Barrierefreiheit an vielen Orten des Universitätsgeländes müssen in der Beratung immer wieder entsprechende Anliegen wie bspw. die Organisation von Raumänderungen bearbeitet werden. Ein universitätsübergreifendes, einheitliches Vorgehen im Umgang mit räumlichen Barrieren ist derzeit noch nicht vorhanden, wird aber angedacht. Die strukturelle Problematik beim Umgang mit räumlichen Barrieren in Gebäuden auf dem Universitäts-Campus zeigt sich auch in der fehlenden Kommunikation: Einerseits sind in den wenigsten Fällen Informationen über Gebäude und ihre Barrierefreiheit auf den Websites vorhanden. Zentralisierte Meldungen über kurzfristige Veränderungen wie Baustellen oder ausgefallene Aufzüge und Lifte gab es bislang nicht. Zudem war für Betroffene nicht ersichtlich, an wen sie sich mit entsprechenden Anliegen wenden können. Ist eine Meldung bei der Beauftragten angelangt, müssen intern zunächst Zuständigkeiten geklärt werden, häufig verzögern sich deshalb die Kommunikationswege. Das Fehlen eines einheitlichen Vorgehens führte somit sowohl für betroffene Studierende als auch für die Mitarbeitenden, die mit der Findung einer barrierefreien Lösung beauftragt sind, zu erheblichem Mehraufwand. Deshalb beschlossen die Kanzlerin, das Gebäudemanagement, die Hochschulkommunikation, die Schwerbehindertenvertretung und die Beauftragte, eine Mailadresse *barrierefreiheit@zv.uni-freiburg.de* für entsprechende Anfragen einzurichten. Sie ist seit Oktober 2024 auf der Homepage unter dem Reiter „Barrierefreiheit“ zu finden. Außerdem wird nun unter universitätseigenen Veranstaltungsankündigungen auf die Mailadresse hingewiesen. Da derzeit keine Ressourcen für eine offizielle Ansprechstelle zur Verfügung gestellt werden, übernehmen die Schwerbehindertenvertretung und die Beauftragte bis auf weiteres die Bearbeitung der Anfragen. Auf diese Weise soll ein erstes Stimmungsbild, die Anzahl an Anfragen sowie Rückmeldungen zu einzelnen Barrieren, erhoben werden. Langfristig möchten die Schwerbehindertenvertretung sowie die Beauftragte ausdrücklich auf eine offizielle Ansprechstelle angesiedelt im Dezernat 4 – Bau und Infrastruktur hinwirken, um eine fachgerechte und lösungsorientierte Bearbeitung der Anfragen zu gewährleisten. Außerdem lässt der Stellenumfang sowohl der Beauftragten als auch der überwiegend ehrenamtlichen Schwerbehindertenvertretung keine langanhaltende Bearbeitung der Anfragen zu.

4. Personelle Situation

Durch die Erhöhung des Beschäftigungsumfangs von 50% auf 75% konnte die Beauftragte der Nachfrage an Ratsuchenden zeitintensiver und fachgerechter nachkommen. Zudem reduzierte sich die Zahl an Überstunden. Deshalb ist der Rektoratsbeschluss, den Stellenumfang von 75% langfristig beizubehalten, sehr erfreulich. Ebenso positiv zu erwähnen ist die feste Finanzierung einer studentischen Aushilfe ab Januar 2024. Die Beschäftigung einer Hilfskraft ist einerseits notwendig, um für Studierende mit hohem Unterstützungsbedarf neben der Beratung weitere Hilfeleistung, wie bspw. bei der Stellung von Anträgen oder kurzfristige Assistenzleistungen, zu gewährleisten. Andererseits übernahm die studentische Aushilfe Tätigkeiten wie die Erstellung von Informationsmaterialien oder die Pflege der Website, für die die Beauftragte keine zeitlichen Ressourcen hat.

Trotz der Entspannung der personellen Situation müssen der Bedarf und die entsprechenden personellen Kapazitäten langfristig im Blick behalten werden, da die Fallzahlen wie beschrieben seit 2021/22 steigen und vermutlich auch in den nächsten Jahren hoch bleiben werden. Neben der Fallberatung sind zur Gewährleistung eines inklusiven Studiums umfassende strukturelle Veränderungen der universitären Gegebenheiten erforderlich, für deren Umsetzung weitere Ressourcen notwendig sind. Diese Projekte, wie die Einrichtung und Pflege einer zentralen Informationsstelle zur räumlichen Barrierefreiheit, die Erstellung einer Handreichung zu Nachteilsausgleichen, die Mitwirkung der Beauftragten an Veranstaltungen, sind mit einem Beschäftigungsumfang von 75% nicht ohne erhebliche Mehrarbeit möglich.